

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Hilringhaus, Berlin.
Telefon: Axel Dörfel 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SB 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Copenius

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abnahme beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinen, wenn nicht anders vereinbart ist. Druckbogen für jede Seite 1/2 Blatt.

Berlin, den 6. Septbr. 1932.

Int. Institut
des Geschiedenis
Amsterdam

Die Hungernotverordnung.

Experimente auf Kosten der Arbeiter.

SPD. Zweifel und Bedenken sind die Antwort der Öffentlichkeit auf die Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft. Bis tief in die Reihen der Stützen der Papen-Regierung kommen diese Zweifel und Bedenken zum Ausdruck. Die Notverordnung ist ein Experiment. Das ist die allgemeine Auffassung, und nicht nur bei den Arbeitern, sondern weit über die Kreise der Gewerkschaften hinaus ist man sich in der Öffentlichkeit auch darüber im Klaren, dass es sich um ein Experiment auf Kosten der Arbeiter handelt.

Ob das Experiment gelingen wird? Die Regierung ist optimistisch. Sie muss es sein. Wie wollte sie sonst diese Notverordnung verantworten. Ihr Optimismus gibt aber der Öffentlichkeit noch lange keine Zuversicht. Wenn sich ihr Optimismus nicht bewahrheitet, was dann? Dann sind die von den Arbeitern geforderten neuen unerhörten Opfer umsonst gebracht. Soll dann - so wird schon jetzt besorgt in der Presse die Frage aufgeworfen - etwa das Loch im Reichetat durch neue Massenbelastungen gedeckt werden?

Die Regierung vertraut auf das Verantwortungsgefühl der Unternehmer. Wenn sie sich aber in diesem Vertrauen täuscht? Sie glaubt sich die Unternehmer verpflichtet zu haben. Gewiss, mehr als die Barone es getan haben konnte eine Reichsregierung dem Unternehmertum in dieser Stunde wirklich nicht schenken: Steuersenkung, Tarifauflockerung, Lohnabbau und Einstellungsprämien - Herz, was willst du noch mehr? Aber Undankbarkeit ist keine seltene Erscheinung in der Welt. Und wenn die glaubenselig erhoffte Initiative der Privatwirtschaft trotz aller Geschenke an die Unternehmer ausbleibt? Wenn infolgedessen die Schwierigkeiten in der Durchführung der Arbeitsmarktentlastung, wie sie sich die Regierung vorstellt, ins Phantastische wachsen?

Schon wird von allen Seiten auf diese Schwierigkeiten hingewiesen. Die Reichsregierung gibt zu, dass in ihrem Experiment zur Vermehrung der Arbeitsplätze eine genaue Kontrolle der Betriebe gar nicht möglich ist. Wer soll diese Kontrolle durchführen? Die Arbeitnehmer, die jetzt erst recht der Willkür der Unternehmer preisgegeben sind? Oder die Unternehmer? Sollen sie sich gegenseitig denunzieren? Oder besondere Kontrollstellen, d.h. ein besonderer Kontrollapparat? Oder soll nach Schema F bei der Verteilung der Einstellungsprämien verfahren werden? Missmut und Verärgerung unter den Unternehmern, die sich zurückgesetzt oder geneppt fühlen, wäre die selbstverständliche Folge. Und wer soll bei der Tarifauflockerung, bei der Tarifsenkung bis zu 20 Prozent das letzte Wort sprechen? Die Entscheidung in der Durchführung der Lohnsenkungsverordnung liegt in der Hand der Schlichter. Wo bleibt aber die viel gerühmte Stärkung der Selbstverantwortlichkeit der Parteien?

Erst reisst man alle Schranken im Tarifwesen ein, und wenn dann an allen Ecken und Enden Anarchie droht, dann macht man den Schlichter zum Lohndiktator. Er hört wohl die beiden Vertragsparteien, ist aber nicht an ihre Zustimmung gebunden. Aber so war es ja wohl auch von Anfang an gedacht: zunächst noch einmal Lohnabbau bis unter das Existenzminimum und dann eben gewaltsame Fest-

legung dieses Lohnabbaus. Das ist dann keine Starrheit in der Lohnregulierung. Gegen Missbrauch der dem Unternehmertum in die Hand gegebenen Abbaumöglichkeiten gibt es für den betroffenen Arbeitnehmer, soweit man sieht, kein Rechtsmittel. Auf der anderen Seite fehlen aber alle Strafbestimmungen für Unternehmer, die eine Lohnherabsetzung durch unrichtige Angaben erschleichen oder eine einmal erworbene Lohnkürzung auch dann immer noch beibehalten, wenn die Voraussetzungen dafür längst nicht mehr gegeben sind. Man misst mit zweierlei Mass.

Das Ganze ist ein Hohn auf die Versprechungen, bei der Gestaltung der Notverordnung werde entsprechend dem Willen des Reichspräsidenten dafür gesorgt, dass die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke auch in Zukunft gewahrt bleibe. Die Mahnung des Reichspräsidenten - das wird auch bei den christlichen Gewerkschaften offen ausgesprochen - ist nicht befolgt worden. Und deshalb muss auch die Ermächtigung, die sich die Regierung für die Neugestaltung der gesamten deutschen Sozialpolitik vom Reichspräsidenten hat geben lassen, mit grösster Sorge erfüllen. Keine Garantie besteht, dass die geplanten Reformen wirklich in gemeinsamer Arbeit mit den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer durchgeführt werden. Der neue Hinweis, dass auch mit den Gewerkschaften Führung genommen werde, besagt gar nichts. Die neue Notverordnung ist der beste Beweis dafür. Wurden bei ihrer Gestaltung die Gewerkschaften zu Rate gezogen? Die Notverordnung hätte ein anderes Gesicht, wenn sich der Einfluss der Gewerkschaften auch nur zu einem ganz geringen Teil hätte geltend machen können.

Die Präsidialregierung kommt sich stark vor, und sie meint, der Starke sei der Mächtige allein. Ihre ganze Stärke beruht aber in Wahrheit nur auf einer Spekulation, auf der Hoffnung, die Welle einer neuen wirtschaftlichen Konjunktur werde sie hochtragen, bevor ihr Notverordnungsexperiment, bevor die Probe zu Ende ist. Was sind Hoffnungen, was sind Pläne.....

Keine blosse Hoffnung, sondern eine harte, feste Tatsache dagegen ist, dass die Arbeitnehmer und sie allein den Wirtschaftskarren aus dem Dreck ziehen sollen. Die erste Hungerverordnung Papens war den Arbeitslosen und Rentnern gewidmet, die zweite, die neue Hungertnotverordnung, beglückt die, die zwar noch Arbeit, aber bald keinen Lohn mehr haben. Viel Arbeit wird Papens Experiment nicht bringen, aber viel Hunger.

SPD. In einem Teil der Presse wird das Gerücht verbreitet, dass die Zentrumspartei nicht unter allen Umständen gegen die Papen-Regierung sei und sie vielleicht doch tolerieren werde. Dazu bemerkt der Pressedienst der Zentrumspartei:

Zentrum und Bayerische Volkspartei können in dieser Situation garnicht anders handeln, als diesem Kabinett die Gefolgschaft zu versagen. Deshalb kommt für sie auch keine Tolerierung in Betracht, weil Verfassungsparteien in der Schau auf die Zukunft auch nicht in der Lage sind, getarnte Verfassungsverletzungen zu tolerieren. Wir haben bei allen politischen Entscheidungen nicht an das Heute allein gedacht, sondern schon an die weitere Zukunft.

Nach dieser neuen Absage an Herrn von Papen schreibt das Zentrumsorgan:
"Derum müssen sich alle die Kräfte heute ohne Rücksicht auf Vergangenes in einer Front sammeln, welche Hüter des Rechtes und der Verfassung sein wollen. Sie müssen aber auch gleichzeitig ihre Bereitschaft zu reif gewordenen Reformen einer Verfassung und des Parlamentarismus erklären. Hüter der Verfassung sein bedeutet, sich einzusetzen für den unbedingten Schutz eherner und unantastbarer Grundsätze und Volksrechte. Reformieren heisst den variablen Teil der Verfassung zum Gegenstand der Reformen zu machen und zwar mit verfassungsmässigen Mitteln. Wenn man diese anwendet, dann braucht man nicht den Staatsstreich, da die Verfassung selbst Möglichkeiten genug gibt, in gesundem und verfassungsrechtlichem Sinne zu reformieren. Auch wir halten den Weg zur Lösung von Verfassungsproblemen und damit gleichzeitig zur Lösung von Regierungsfragen für frei. Dazu gibt es viele Möglichkeiten, nicht nur Parteiverhandlungen oder

Parteiabesprechungen. Auch nicht nur der Reichspräsident hat darüber zu befinden, sondern er muss ebenfalls in Fühlung bleiben mit einer ernst strebenden und zielfesten Volksvertretung, weil der Reichspräsident mit dem Reichstag zusammen die Volkssouveränität darstellen. So sehen wir den Weg offen zu einer Lösung der Regierungsfrage, von der Seite der Volksvertretung her wie vom Reichspräsidenten aus gesehen. Aber ausschlaggebend bleibt jetzt und immer, dass diese Regierung vom Volke her kommt, dass ihr den Weg offen machte, weil es einsieht, dass auf verfassungsmässiger Basis mit dem Volke regiert werden soll, dass klare Ziele aufgesteckt sind und feste Wegrichtungen vorgeschrieben bleiben. Wir wollen eine solche Regierung und darum verhandeln wir! Wir bleiben aber unentwegt unserer Tradition treu."

Diese Auslassungen lassen erkennen, dass bei den schwarz-braunen Koalitionsverhandlungen, die nach dem Zentrums-Pressedienat übrigens "einer positiven Einigung" näher zu kommen scheinen, auch die Frage einer Reform der Reichsverfassung eine Rolle spielt. Die "feste Wegrichtung" deutet auf die Vereinbarung eines Regierungsprogramms auf lange Sicht hin.

SPD. Breslau, 6. Septbr. (Fig.Drahtb.)

Die Streikbewegung in der niederschlesischen Metallindustrie greift weiter um sich. In Schweidnitz und in Keulahütte (Oberlausitz) haben am Dienstag weitere 850 Arbeiter die Betriebe verlassen.

SPD. Paris, 6. Septbr. (Fig.Drahtb.)

Der Führer der amerikanischen republikanischen Partei, Senator Reed, ist am Dienstag in Paris eingetroffen und sofort vom Ministerpräsident Herriot zu einer Aussprache eingeladen worden.

Wie das "Journal des Debats" behauptet, sei Reed als offiziöser Sprecher des Präsidenten Hoover nach Paris gekommen. Es sei kein Zweifel, dass Herriot bei der Unterredung mit Reed auch über das deutsche Militär-Memorandum sprechen werde. Nach allem, was man aus amerikanischen Kreisen höre, sei anzunehmen, dass Reed dem Ministerpräsidenten nur mitteilen könne, die Vereinigten Staaten seien nicht gesonnen, die Aufrüstung Deutschlands zu begünstigen. Sie träten aber unbedingt für die Abrüstung der übrigen Nationen ein, wie dies ja klar aus dem Abrüstungsvorschlag Hoovers in Genf hervorgehe.

Ein zweiter wichtiger Verhandlungspunkt zwischen Herriot und Reed sei die Frage der interalliierten Schulden. Für Frankreich sei jetzt der entscheidende Augenblick gekommen, denn wenn es am 15. Dezember die fälligen Zahlungen an Amerika nicht leisten wolle, müsse es jetzt am 15. September die "Garantieklausel" im Mellon-Berenguer-Abkommen anrufen und Zahlungsaufschub beantragen.

SPD. Die Auflagennachricht über die Schuld von Ohlau ist von dem preussischen Staatskommissar für 25 Zeitungen verfügt worden. Ausserhalb Berlins wurden hauptsächlich sozialdemokratische Blätter von der Zwangsnachricht des "überparteilichen" Herrn betroffen.

Anm.f.d.Red.: Die Durchführungsbestimmungen zu der den Arbeitern von den Papen-Regierung bescherten Lohnsenkung bitten wir der Dienstag-Abendausgabe des "Vorwärts" (Seite 2) zu entnehmen.

SPD. Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag den Antrag gestellt die Verordnung des Reichspräsidenten zur Belegung der Wirtschaft vom 4. September 1932 und die auf Grund dieser Verordnung erlassene Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 ausser Kraft zu setzen.

Der Antrag ist gestellt, weil die sozialen Bestimmungen der Notverordnung als unerträglich und die wirtschaftlichen Bestimmungen als verfehlt angesehen werden. Bei der grossen Tragweite dieser Verordnung für die Lebensverhältnisse des gesamten Volkes wird die Sozialdemokratie dahin wirken, dass der Reichstag unverzüglich zu der Notverordnung Stellung nimmt. Die sofortige Stellungnahme ist aber noch aus einem besonderen Grunde erforderlich. Die unter Bruch des Tarifrechts vorgesehenen masslosen Lohnkürzungen sollen nach der Verordnung bereits vom 15. September ab, also in wenigen Tagen, in Kraft gesetzt werden. Die Regierung hat die "Tarifauflockerung" und damit den Lohnabbau auf den frühest möglichen Termin gelegt, während alle übrigen Massnahmen des Wirtschaftsprogramms erst in den nächsten Monaten durchgeführt werden sollen. Sie will vollendete Tatsachen schaffen, die durch Massnahmen des Parlaments nicht mehr geändert werden können.

Der Zusammentritt des Reichstags am 12. September lässt daher nur wenige Tage Frist zur Verhinderung des allgemeinen Lohnabbaus durch die Offensive der Regierung.

SPD. Paderborn, 6. Sept. (Fig. Drahtb.)

In dem Paderborner Nazi-Prozess wurde am Dienstag die Vernehmung der Angeklagten zu Ende geführt. Alle Angeklagten sagten übereinstimmend aus, dass sie vor den Vorfällen in der Nacht zum Wahlsonntag wiederholt von Kommunisten bedroht worden seien. Sie sollten aus den Wohnungen herausgeholt werden und es sei ihnen gedroht worden, dass fünf Nationalsozialisten bis zum Wahlsonntag ihr Leben lassen müssten. Alle wollen ferner bei den Kommunisten Schlagwerkzeuge aller Art und zwei von ihnen sogar einen Karabiner gesehen haben. Einige Angeklagte geben zu, SPD-Mitglieder geschlagen zu haben, sie wollen aber vorher von ihnen angegriffen worden sein.

Zwischen den Aussagen und den Angaben der Angeklagten bei früheren Vernehmungen klaffen starke Widersprüche. Die Angeklagten begründen das auf Vorhaltungen des Vorsitzenden damit, dass sie damals sehr aufgeregt gewesen seien. Die Protokollführer hätten ihnen die Worte im Munde herumgedreht; auch sei von ihnen versucht worden, ihnen bestimmte Aussagen zu suggerieren. Dass von der SA geschossen worden ist, wird zugegeben, Waffen aber will keiner der Angeklagten SA-Männer besessen haben. Der Verteidiger Dr. Lindens weist auf frühere Differenzen der Angeklagten mit dem SA-Mann Steffens hin. Steffens gibt daraufhin zu, malariakrank gewesen zu sein. Er wisse oft nicht recht, was er tut. In seiner Aussage vom Montag, die Linden belastet, könne deshalb verchiedenes unrichtig sein. Was mag hier inzwischen vorgegangen sein?

Die Zeugen bekunden durchweg, dass sie Bedrohungen der Nazis durch Kommunisten nicht wahrgenommen haben. Im gleichen Sinne äussern sich die über die Vorfälle in Neuhaus als Zeugen vernommenen Polizeibeamten. Sie bekunden ferner, dass das Auto Dr. Lindens ungehindert durch Neuhaus durchgefahren sei. Der in Paderborn überfallene Bödcker sagt als Zeuge aus, dass er nicht das Freiheitsabzeichen der Eisernen Front, sondern ein Abzeichen des katholischen Jungmännerverbandes getragen habe. Er habe aus dem ihn überholenden Auto Dr. Lindens heraus einen Schlag von hinten über den Kopf ins Gesicht hinein bekommen. Seine Laterne am Fahrrad sei vollständig zertrümmert worden.

Die Zeugenvernehmung wird am Mittwoch fortgesetzt.

SPD. Der Reichstagspräsident hat den Reichstag zum 12. September einberufen. Auf der Tagesordnung der Tagung steht: "Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung". Die Debatte über diese Erklärung soll am Dienstag beginnen.

Die Einberufung des Reichstags zum 12. September beruht auf eine Vereinbarung zwischen Nationalsozialisten, Zentrum und Bayerischer Volkspartei, die im Reichstag eine Mehrheit haben. Man verständigte sich auf den 12. September in der Annahme, dass bis dahin der grundsätzliche Teil der nunmehr seit Wochen geführten Koalitionsbesprechungen abgeschlossen ist und dem Reichspräsidenten ein Bericht und ein Koalitionsprogramm unterbreitet werden kann. Das soll zunächst durch den Reichstagspräsidenten geschehen.

Die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten wurden am Dienstag durch eine Besprechung zwischen Goering und Brüning fortgesetzt. Am Sonnabend empfängt der Reichspräsident das Reichstagspräsidium.

SPD. Kiel, 6. Septbr. (Eig. Drahtb.)

Am Montag haben drei englische Marineflugzeuge die Insel Sylt überflogen. Der Flug verstößt gegen die deutschen Hoheitsrechte. Man nimmt hier an, dass die englischen Flieger sich verirrt haben.

SPD. Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung will weit über eine Million Menschen in Arbeit bringen. Zu diesem Zweck soll auch der deutschen Reichsbahn die Beförderungssteuer in Höhe von 180 Millionen erlassen werden. Einstweilen aber will die Reichsbahn nicht Arbeitskräfte neu einstellen, sondern Arbeitskräfte entlassen. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat daher den Antrag gestellt,

die Reichsregierung zu veranlassen, auf die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft einzuwirken, dass die vorgesehenen Entlassungen von ca. 52 000 Eisenbahnarbeitern unterbleiben, dass die ausgesprochenen Kündigungen zurückgezogen und die bereits entlassenen Arbeiter mit ihren alten Rechten wieder eingestellt werden, dass ferner die im Betriebs- und Verkehrsdienst bestehende überlange Arbeitszeit beseitigt wird.

Die in dem sozialdemokratischen Antrag verlangte Einwirkung auf die Reichsbahn ist umso notwendiger, als die Reichsbahn trotz den ihr vom Reich gewährten zusätzlichen Mitteln die Absicht hat, ihr Beschaffungsprogramm für 1932 noch unter dem für das Jahr 1931 zu halten. Die vom Reich zur Verfügung gestellten Mittel würden dann nur der Bereinigung der Bilanz der Reichsbahn dienen, nicht aber der vermehrten Beschäftigung.

SPD. Königsberg, 6. Septbr. (Eig. Drahtb.)

Reichswehrminister von Schleicher, der sich bei den Herbstmanövern in Ostpreussen befindet, äusserte sich dort vor Vertretern der Presse über den Schutz Ostpreussens:

Das vom Feinde ganz besonders bedrohte Ostpreussen, so führte von Schleicher aus, erfordere die Gleichberechtigung Deutschlands in der Bewaffnungsfrage. Jeder Ostpreusse müsse wissen, wo und wie im Ernstfalle sein Vaterland zu verteidigen sei. Die heutige Regierung habe wie jede andere nationale Regierung das Recht und die Pflicht, den nationalen Schutz des Vaterlandes zu verlangen und durchzuführen. Was z.B. der Schweiz recht sei, müsse Deutschland billig sein. Darin sei sich Deutschland hundertprozentig einig.

Dem Korrespondenten der "Königsberger Allgemeinen Zeitung" gab der Reichswehrminister noch eine besondere Audienz, in deren Verlauf er noch einmal betonte, die Regierung werde Ostpreussen bis zum letzten Mann verteidigen. Dazu ist

gehöre, dass die Verteidigungsmittel auch auf dem Seewege herangeführt werden könnten. In jedem Falle werde Deutschland das durchführen, was für seine nationale Verteidigung notwendig sei. "Jawohl", wiederholte der Reichswehrminister, "auf jeden Fall, wir lassen uns nicht mehr weiter gefallen, als eine Nation zweiter Klasse behandelt zu werden."

SPD. In ihrer Mittwoch-Ausgabe äussert sich das Berliner Zentrumsblatt, die "Germania", zu den Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten, Zentrum und Bayerischer Volkspartei. Das Blatt schreibt u.a.:

"Die Zentrumsparlei denkt nicht daran, die grundsätzlich verschiedenen Funktionen der Regierung und des Parlamentes erneut verwischen und etwa ein Parteiregime wieder aufleben zu lassen, gegen das sie selbst, als es in seiner Blüte stand, mit am schärfsten Front gemacht hat. Sie denkt noch weniger daran, die jetzt bestehende Gefahr politischer und verfassungsrechtlicher Experimente dadurch abzuwehren, dass sie sich zu einer Politik mit gleichen oder noch grösseren Belastungen entschliesst. Was sie will und unternimmt, das ist der ernste und ehrliche Versuch, einen Weg ausfindig zu machen, der eine verfassungsmässige Entwicklung gewährleistet und unter möglichst geringen Risiken eine Entspannung und Stabilität unserer politischen Verhältnisse zum Nutzen der wirtschaftlichen Belebung sicherstellt. Ob ein solcher Weg gefunden werden kann, das hängt von manchen Voraussetzungen ab, die wir nicht allein in der Hand haben. Aber die Skepsis wäre in dieser kritischen Stunde kein ausreichender Grund dafür, diesen Weg nicht zu suchen, und sie reicht erst recht nicht aus, um diesen Versuch zu diskreditieren..... Wenn jetzt dem Zentrum empfohlen wird, die Regierung von Papen zu tolerieren, so geht dieser Rat an dem Kernpunkt der politischen Krise vorbei. Denn damit wäre für die Ausräumung des Konfliktes mit dem Reichstage und die Vermeidung seiner für Staat und Volk gefährlichen Folgen gar nichts gewonnen, da auch dann eine überwältigende Mehrheit noch immer gegen die Regierung stünde. Die entscheidende Aufgabe ist es, die negative Mehrheit in eine positive umzuwandeln, die bereit ist, der Führung durch eine von starker Autorität getragene Reichsregierung eine parlamentarische Basis zu geben. Das ist das Ziel, das die Zentrumsparlei nicht allein, sondern nur im Zusammenwirken mit anderen erreichen kann. Wenn es verfehlt wird, dann wird leider Grösseres verfehlt, als nur die Schaffung eines arbeitsfähigen Reichstages....."

SPD. Halle, 6-Septbr. (Eig. Drahtb.)

In Bad Schmiedeberg, einer Hochburg der Nazis, ist es zu einem grossen Kommunalskandal gekommen, der mit der plötzlichen Amtsenthebung und Verhaftung des Bürgermeisters Kollé endete.

Der der äussersten Rechten angehörende Bürgermeister hatte sich vor etwa Jahresfrist 3000 Mark als nachträgliche Dienstkosten-Entschädigung für 1924 bis 1929 auszahlen lassen, an das Sparkassenkuratorium, dessen Vorsitzender er war, sind auf seine Veranlassung einige Jahre hindurch Beträge bis zu 150 Mark pro Person gezahlt worden und schliesslich hat der Sparkassendirektor mehrfach als Gratifikation Beträge von 500 Mark erhalten. Auf diese Weise hat diese nationale Gesellschaft die schwer unter der Wirtschaftskrise leidende Stadtgemeinde um rund 13 000 Mark geschädigt. Vor kurzer Zeit gelang es Herrn Kollé noch, im Stadtparlament einen Beschluss auf Errichtung eines Denkmals für seine eigene Person durchzusetzen. Die Einweihung wird durch die Verhaftung wohl eine kleine Verzögerung erfahren.

Die Hugenberg-Presse hat inzwischen die Schamlosigkeit besessen, den "nationalen" Bürgermeister Kollé der Sozialdemokratie anzuhängen!

SPD. Der Chef der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei fühlt ein un-
widerstehliches Verlangen, zur feudalsten Gesellschaft gerechnet zu werden.
Wenn er reist, beherbergt ihn das feudalste Hotel. In Berlin wohnt er im Hotel
Kaiserhof, wo anders nicht viel schlechter. Im "Völkischen Beobachter" Nr. 233
wird inseriert: "Dreaden, Palast-Hotel Weber, das Hotel Adolf Hitlers". Kaiser-
hof und Palast, wie ausgezeichnet passt das zu dem Führer einer "Arbeiter-
partei".

SPD. Köln, 6. Septbr. (Eig. Drahtb.)

In Beuel bei Bonn wurde ein junger Mann von einem mehrfach vorbestraften
Nationalsozialisten niedergestochen. Schwer verletzt wurde der Ueberfallene
ins Krankenhaus gebracht.

Der amtliche Polizeibericht weiss über diese Missetat nur zu melden: "Jun-
ge Burschen gerieten in Streit, bei dem das Messer eine Rolle spielte." Diese
schonungsvolle Behandlung der Nazis ist eine Folge der neuen "Staatsführung".

SPD. In Stresa an dem oberitalienischen Alpensee Lagomaggiore findet zur-
zeit eine internationale Staatenkonferenz für die wirtschaftlichen Probleme
der Donau- und Oststaaten statt.

Die Hauptforderung der östlichen und südlichen Agrarstaaten geht auf die-
ser Konferenz dahin, dass die westlichen und nördlichen Industrieländer ihnen
ihre Produkte abnehmen. Dem steht das ungeheure Sinken der Kaufkraft durch
Arbeitslosigkeit und Lohnsenkung, die Hochschutzzollpolitik und das Autarkie-
streben gewisser Industrieländer im Wege. Die Vertreter der Agrarstaaten haben
in Stresa einen Ausschuss für aktives solidarisches Arbeiten eingesetzt. Prä-
sident des "agrarischen Blocks der Konferenz von Stresa" ist der rumänische
Industrie- und Handelsminister Madgearu.

Im Komitee für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Südosteuropas eröffnete
Präsident Bonnet die Generaldebatte. Ministerialdirektor Poase-Deutschland
führte aus, wenn es gelänge, die Kaufkraft der Bevölkerung der Agrarländer so
zu stärken, dass Steuern in ausreichendem Masse gezahlt werden könnten, so
würden auch die Schwierigkeiten dieser Staaten langsam behoben werden. Aber wie
soll das möglich sein, solange die Landwirtschaft dieser Länder nicht exportie-
ren kann! Ähnlich inhaltslos und widerspruchsvoll wie die Rede von Poase waren
auch andere Reden. Immerhin erklärte der britische Gesandte Addison, das ein-
zige Hilfsmittel sei die Beseitigung der Einfuhrschwierigkeiten und die Herab-
setzung der Zölle!

SPD. Rotterdam, 6. Septbr. (Eig. Drahtb.)

Der Uebersee-Dampfer "Rotterdam" der Holland-Amerika-Linie ist am Dienstag
mittag unter militärischer Bedeckung in Rotterdam eingetroffen. Ein holländi-
scher Heizer, sieben deutsche Mitglieder der Besatzung, ein belgisches und ein
polnisches Mitglied wurden wegen "Meuterei" in Haft genommen. Die übrige, haupt-
sächlich aus Holländern bestehende Besatzung wurde vorläufig freigelassen.

SPD. Der Verteidiger der Ohlauer Reichsbannerleute Dr. Braun-Magdeburg er-
klärt zu der der Linkapresse auferlegten Zwangsnachricht u.a. folgendes:

"Die Auflagennachricht des preussischen Staatskommissars Dr. Bracht enthält
nur einen Teil der bis jetzt selbst den Verteidigern unbekannten Urteilsbe-
gründung. Diese ist aber in jedem Satz anfechtbar."

Irreführend ist in dem Urteil die Behauptung, die Verteidiger hätten lediglich "geltend gemacht", die Vorfälle in Ohlau seien durch das provokatorische Verhalten der Nazis ausgelöst worden. Richtig ist, dass die Verteidiger dies auch bewiesen haben, durch eidliche Aussagen untadeliger Zeugen. Diese haben geschworen, dass vor Beginn aller Auseinandersetzungen, durch Ohlau ziehende SA., friedliche Arbeiter überfallen und geschlagen hat.

Es ist in dem Prozess Beweis dafür angetreten worden, dass die SA. = Leute ausser mit Pistolen auch mit Karabinern und Handgranaten ausgerüstet waren, dass sie ahnungslos vom Angeln heimziehende Republikaner grundlos beschimpften und verfolgten, andere zufällig des Weges Daherkommende niedergeworfen und getreten haben. Das Sondergericht hat umfangreiche Beweisanträge der Verteidiger, die die moralische Schuld der Nationalsozialisten darzutun bestimmt waren, als unerheblich abgelehnt. Wie kann sich unter solchen Umständen das Gericht unterfangen, den Tatsachen widersprechende Feststellungen zu treffen?

Irreführend ist die Behauptung des Urteils: die Nationalsozialisten hätten in keinem einzigen Falle von den Waffen Gebrauch gemacht. Demgegenüber ist eidlich erhärtet und während der Verhandlung auch vom Gericht als wahr unterstellt worden, dass die Breslauer SA. in ein friedliches Haus grundlos eingedrungen ist und dort auf friedliche Bewohner geschossen hat, dass zwei Frauen von vier Kugeln in ihrer Wohnung niedergeschossen worden sind!

Das Urteil stellt die Dinge völlig auf den Kopf. Kein Wunder, wenn man miterlebt hat, wie es zustande gekommen ist! In unglaublicher Hast wurde die Verhandlung durchgepeitscht. Niemand kannte die Akten über die gesamten Vorfälle vom 10. Juli 1932, deren Kenntnis notwendig gewesen wäre, um ein gerechtes Urteil fällen zu können.

Nur der Vorsitzende war über die vorliegenden Akten informiert, die beisitzenden Richter aber gänzlich unvorbereitet. Für die Verteidigung waren die Gerichtsakten unerreichbar. Der Vorsitzende verbot die Unterredung der Angeklagten mit den Verteidigern während der Verhandlung, und am Abend liess es die Gefängnisverwaltung aus dienstlichen Gründen nicht zu. In sinnverwirrender Eile ging der grösste Teil des Prozessstoffes am Ohr vorüber.

Die Angeklagten, fast ausnahmslos in Haft, waren für ihre Entlastung rein auf den Zufall angewiesen. Der Eile fiel selbst die Staatsanwaltschaft zum Opfer. Sie beantragte Freisprechung für Angeklagte, deren Verurteilung sie ausdrücklich gewünscht hatte, sie begehrte Strafe, wo sie Freisprechung anheimstellen wollte; der sachbearbeitende Staatsanwalt vergass in seinem Plädoyer Angeklagte vollständig, während der Oberstaatsanwalt unabhängig davon für diese vergessenen Angeklagten Strafe beantragte. Die Staatsanwaltschaft plädierte teilweise nach den Ermittlungsakten und nicht nach dem Ergebnis der Hauptverhandlung".

SPD. Paris, 6. Sept. (Eig. Drahtb.)

Der Nachtschnellzug Paris-Marseille ist am Dienstag-Vormittag dicht vor der Einfahrt in den Bahnhof von Marseille entgleist. Die Lokomotive und zwei Eisenbahnwagen sprangen aus den Gleisen. Acht Reisende wurden zum Teil schwer verletzt. Der Zug ist in zu grosser Geschwindigkeit über eine Baustelle hinweggefahren.

Aus aller Welt

Bei feinen Leuten.

Der Ewigkeitsprozess Caro - Petschek - Die rasenden Schwiegerväter.

SPD. Während in den Sondergerichtskammern in Berlin-Moabit nach verhältnismässig kurzer und oft recht bedenklicher Beweisaufnahme Zuchthausurteile gegen Arbeiter wie am laufenden Band fertiggestellt werden, fliesst gleichzeitig der Prozess Caro - Petschek mal mehr, mal weniger munter dahin....

Vorsitzender dieser Verhandlung, in der sich zwei Industriekapitäne und ihre Anwälte nach allen Regeln ihrer nicht immer schönen Kunst austoben, ist Landgerichtsdirektor Ohnesorge. Früher hiess es in Moabit ungefähr "Bei Ohnesorge kann man ohne Sorge sein", dann die peinlich genaue, keine letzte Einzelheit auslassende Verhandlungsart dieses Vorsitzenden, brachte es mit sich, dass man am Ende der von ihm geleiteten Dauerprozesse nicht mehr die Feststellendes Anfangs im Gedächtnis hatte, sodass notwendig Zweifel und damit Freisprüche herauskommen mussten. Der umfangreiche Prozess Caro - Petschek - die Akten werden kofferweise an- und abgefahren - ist nun sozusagen ein Fressen für den sorgfältigsten aller Richter; als er in der Dienstag-Sitzung erklärte: "Das Gericht ist bemüht, die Psyche jedes Zeugen nach Möglichkeit bis ins Letzte zu verstehen" - da hatte jeder im Saale die Empfindung, dass hier wirklich einmal die reine Wahrheit gesprochen wurde, was sonst vielleicht in diesem Prozess nicht oft geschieht. Indes zeigen auch die Anwälte des Klägers Petschek und die des Angeklagten Caro - unter seinen Verteidigern ist Professor Alsberg - sichtlich lebhaftes Interesse an der Verschleppung des Prozesses, zumal ihnen jeder einzelne Prozesstag mehr an Honorar einbringen dürfte, als den meisten Menschen monatlich, wenn nicht jährlich zur Verfügung steht. Ganz klar wird einem aber erst der Missbrauch, der hier getrieben wird, wenn man einmal in diesen schmutzigen und im Grunde so restlos privaten Kapitalistenroman hineinsieht, der hier "im Namen des Volkes" geschrieben wird.

Die "Liebesche"

Der Angeklagte Geheimrat Caro wird beschuldigt über die angebliche Existenz einer Mitgiftsumme von 400 000 Mark eine falsche eidesstattliche Versicherung abgegeben zu haben. Jene Summe hat oder hat nicht bekommen Ernst Petschek, der Sohn des tschechischen Kohlenmagnaten, als er Vera Caro heiratete, die Tochter des bekannten Entdeckers des Verfahrens zur Herstellung von künstlichem Stickstoff. Zuerst hatten sich seinerzeit die Eltern kennen gelernt; als sie fanden, dass "die Vermählung von Stickstoff und Braunkohle" ihren finanziellen Interessen entgegenkäme, befahlen sie die Liebe ihrer Kinder zueinander. Ernst und Veras Wege vereinten und trennten sich; die Trennung erfolgte auf Ignaz Petscheks Geheiss: Es passte dem Braunkohlenkönig nicht, dass Vera nur einen Sohn und eine Tochter zur Welt brachte; sein ungeheurer Besitz, wohl einer der grössten Europas, war ihm nicht gesichert genug: eine ganze Kompagnie von Enkeln schien seinem Ideal eher zu entsprechen.

Ein blonder, junger Mann...

Nicodem Caro war schwer gekränkt; so schlug die frühere Freundschaft der Väter in glühenden Hass um. Erst in der Dienstag-Sitzung des Ohnesorge-Gerichts kam von neuem zur Sprache, was der alte Petschek alles angestellt zu haben scheint, um seinen "intimen Feind" Caro unmöglich zu machen. An die verschiedensten Persönlichkeiten von Politik und Wirtschaft, den Reichspräsidenten v. Hindenburg und den damaligen Reichskanzler Stresemann nicht ausgenom-

men, wurde eine Schmähchrift über Caro geschickt; ferner sagte am Dienstag der als Zeuge vernommene Caro-Verteidiger, Professor Alsberg, aus, wie ein Heer von Detektiven seinen Mandanten Caro und in einem Falle sogar ihn, Professor Alsberg selbst, bespitzelt habe; auch soll sich ein mit Geschick ausgesuchter, hübscher, blonder junger Mann an Vera Caro herangemacht haben, um ihre Tugend auf die Probe und sie selbst in jenes Licht zu stellen, in dem Ignaz Petschek die Tochter seines gehassten Feindes sehen wollte. Kurz und gut: das Leben übertrifft Frau Courths-Mahler erheblich.

Der Roman auf dem Höhepunkt.

Die Caro'sche Mitgift in Höhe von 400 000 Mark ist also noch nicht zurückgezahlt. Es geht beiden Parteien in diesem Falle ja auch garnicht um das Geld an sich, sondern vielmehr um das Recht, das jeder für sich behalten will. 400 000 Mark spielen bei den unermesslich reichen Petscheks vermutlich überhaupt keine Rolle und bei dem wohl etwas "ärmeren" Caro, der zuletzt jährlich 800 000 Mark versteuerte, nur eine geringe. Aber jedenfalls verlangte Caro nach vollzogener Ehescheidung die 400 000 Mark von Ignaz Petschek zurück und bekam sie nicht; Ignaz Petschek bestand auf der Quittung, aus der hervorgehe, dass er das Geld überhaupt erhalten habe, Shylok auf seinem Schein. Caros Antwort: er habe die Quittung mit anderen Papieren vernichtet. Ignaz Petscheks Gegenzug: das Verlangen einer eidesstattlichen Versicherung. Diese Versicherung gibt Caro nicht ab, er reicht vielmehr die Klage auf Rückzahlung ein. Bevor es zum Termin kommt, findet Caro die Quittung, an deren Existenz er selbst nicht mehr geglaubt hatte, plötzlich, gibt sie aber nicht aus der Hand, weil er, wie er jetzt vor Gericht erklärt, "Ignaz Petschek auf die Probe stellen und sehen wollte, wie weit er zu gehen wagt". Mit dieser rechthaberischen Neugier treibt Caro den Roman auf den Höhepunkt: eines Tages dringt ein Petschek-Anwalt, begleitet von einem Gerichtsvollzieher, in Caros Villa ein und will mit Gewalt, wenn auch formell mit Hilfe einer einstweiligen gerichtlichen Verfügung, jene Quittung holen, die die Petscheks offenbar für eine Fälschung halten. Caro denkt garnicht daran, die Quittung aus der Hand zu geben; man brüllt sich gegenseitig an; plötzlich aber: dramatisch-musikalischer Aktabschluss durch das friedliche Gurgeln der Wasserspülung auf dem Klosett: die zerrissene Quittung schwimmt den Rieselkesseln zu... Am folgenden Tag erklärt Geheimrat Caro dem Gericht, dass er nicht die Originalquittung auf die radikalste Weise vernichtet habe, sondern nur zwei Reproduktionen; das Original befinde sich aus irgendwelchen Gründen bei einem befreundeten Anwalt in Lemberg. Das Unglück will es aber, dass zu jener Zeit der betreffende Anwalt in Lemberg stirbt; von der Quittung ist keine Spur mehr zu finden. Aber in Moabit erscheint die Sekretärin des Lemberger Anwalts; sie sagt, sie habe die Quittung gesehen; sie will auch wissen, wie ihr Chef die Quittung eines Tages versehentlich zerrissen habe.

Eid gegen Eid!

Inzwischen hat Ignaz Petschek, der sich seinem Feinde noch nie Auge in Auge gestellt hat und sich auch jetzt weigert nach Berlin zu kommen, in Aussicht geschworen, dass er die Quittung nie unterschrieben habe. Eid steht gegen Eid - und vielleicht kommt nun noch der alte Petschek wegen Meineids auf die Anklagebank. Und was wird mit Geheimrat Caro? Der Staatsanwalt hat schon zu verstehen gegeben, dass er voraussichtlich die Anklage fallen lassen wird. Diese Offenheit der Anklagebehörde stellt immerhin einen ungewöhnlichen Vorgang dar, aber schliesslich ist der ganze Prozess reichlich ungewöhnlich. Herr Ohnesorge führt ihn, als ob wir ganz ohne Sorgen wären.

Ego.

+ + +

Verkehrsunfall. Auf der Heerstrasse bei Berlin-Spandau raste ein Motorradfahrer in ein verunglücktes Lieferauto. Der Motorradfahrer und sein Mitfahrer wurden über das Auto hinweg in hohem Bogen auf die Strasse geschleudert. Beide waren sofort tot.

Sensationeller Freitod. In Hollywood erschoss sich der Direktor der Metro Goldwyn Corporation, der Deutsche Paul Bern, ein wegen seines Könnens geschätzter, wegen seiner Bescheidenheit beliebter Künstler. Aus einem an die Filmschauspielerin Jeanne Harlow, die Ehefrau des Toten, hinterlassenen Brief geht hervor, dass im wesentlichen private Motive zur Tat geführt zu haben scheinen. Bern hatte erst vor zwei Monaten geheiratet.

Drahtseilverbrechen. In der Nähe des an der Strecke Frankfurt-Worms gelegenen Ortes Waldorf wurde ein Drahtseilattentat auf Motorradfahrer verübt. Einem aus Waldorf stammenden 24 jährigen Arbeiter, der auf dem Sozius-sitz eines Motorrads sass, wurde von dem doppelt zwischen einem Telegraphenmast und einem Baum gespannten Draht der Hals durchgeschnitten. Als der Fahrer, der sich im letzten Augenblick gebückt hatte und dadurch unverletzt blieb, die Polizei alarmierte, fand man den durch den Anprall niedergelegten Draht zum zweiten Male gespannt. Als Täter vermutet man vier Männer, die einige Stunden vorher in Raunheim den Lederindustriellen von Behr und dessen Begleiter überfallen und ihrer Barschaft beraubt hatten.

Weltfunk-Konferenz. Am Mittwoch wurde in Madrid in Anwesenheit von 600 Delegierten die "Internationale Telegraphen- und Funkkonferenz 1932" eröffnet. Zu der von Präsident Giess geführten deutschen Delegation gehört u. a. Dr. Harbich, der Leiter der Abteilung Funkentelegraphie und Rundfunk im Reichspostzentralamt. Auf dem Programm der Tagung steht vor allem die Diskussion des Problems der Gemeinschaftswellen: dadurch, dass mehrere Sender gemeinsam auf verschiedenen Wellenlängen arbeiten, sind mancherlei nicht leicht behebbare Unzuträglichkeiten entstanden.

Drama der Trennung. In einem Hause in Berlin SO erstach der 25jährige Maurer Alwin Schmidt seine Ehefrau, die 23jährige Anna geborene Dietrich. Zwischen dem getrennt lebenden Paar schwebte eine Scheidungsklage; Schmidt hatte vergeblich versucht, seine Frau zur Rückkehr zu ihm zu bewegen.

Sinnlose Trunkenheit... Ein mit acht Insassen besetzter Kraftwagen stürzte in der Nähe von Tiflis in einen Fluss. Fünf Personen ertranken. Es heisst, dass der Chauffeur des Unglücksautos sinnlos betrunken gewesen sei.

Sittlichkeitsverbrechen. In der Nähe von Johannisthal bei Berlin wurde ein elfjähriges Mädchen von einem Unbekannten in einen Wald gelockt, überfallen, bis zur Besinnlosigkeit gewürgt und misshandelt. Das Kind fand erst nach mehreren Stunden den Weg zurück; es wurde sofort in ein Krankenhaus überführt und operiert. Sein Zustand ist bedenklich.

In Massen entmannt? In der Grazer Sterilisationsaffäre wurde nunmehr auch ein Arzt des dortigen Landkrankenhauses, Dr. Bartoschek, verhaftet. In Zusammenhang mit der Affäre sind bisher in Graz neun Personen, in Wien zwei festgenommen worden. Die Gesamtzahl der Personen, die von unfähigen "Operateuren", zumeist Studenten, kastriert wurden, steht noch nicht genau fest. Man schätzt indes, dass insgesamt in Graz etwa 400 und in Wien etwa 100 bis 200 Personen entmannt worden sind.

Glossen

E R S C H E I N T N A C H B E D A R F

Die kapitalistische Offensive.

SPD. Die gesamte kapitalistische Presse hat die Notverordnung des Kabinetts der Barone mit Jubel begrüßt. Selbst in der linksstehenden bürgerlichen Presse wird die kapitalistische Tendenz dieser Notverordnung gewürdigt, so dass eine unverkennbare Annäherung des gesamten Bürgertums an das Kabinett der Barone festzustellen ist. Die "Deutsche Allgemeine Zeitung", die Vorkämpferin des Klassenkampfes von oben, jubelt deshalb über "Die kapitalistische Offensive".

Die Klassentendenz der Verordnung ist damit festgestellt. Wird diese Verordnung wirtschaftspolitisch nützliche Wirkung haben? Die "Hamburger Nachrichten", ein deutschnationales kapitalistisches Organ, zeigen in zwei Sätzen, worauf es bei dieser Verordnung ankommt:

"Der freie Unternehmer hat es heute in der Hand, den Ruf der Marxisten nach Planwirtschaft zu entkräften und zu zeigen, dass die Freiheit im Wirtschaftsleben besser ist als der bürokratische Zwang. Noch nie war die Notwendigkeit für einen Stand so gross, für seine Idee, seine Daseinsberechtigung zu kämpfen".

In der Tat hat das Kabinett der Barone den Kapitalismus von allen staatlichen Fesseln befreit. Misslingt das Experiment der Ankurbelung, so steht die Verantwortung des kapitalistischen Systems wie der einzelnen Unternehmer unbestritten fest! Jetzt gibt es keine Abwälzung der Verantwortung mehr auf den Staat, auf Regierungen, auf Parteikoalitionen. Die Verantwortung ruht auf den Kapitalisten, denen die Regierung Freiheit verschafft hat zur kapitalistischen Offensive gegen die Arbeiter.

Wir wissen, wie es ausgehen wird; denn die Unternehmer denken nur an sich, nicht an die Gemeinschaft! Das Papen-Programm und seine Ausführung durch das Unternehmertum werden deshalb den stärksten Beweis liefern für die Notwendigkeit der sozialistischen Aktion!

Eine deutsche Frau.

Frau Magda Goebbels, die Frau des Berliner Gauleiters der NSDAP, hat in diesen Tagen eine Tochter geboren. Vier Tage vor ihrer Entbindung hat diese "deutsche Frau" ein Schreiben an die Frau eines der Mörder von Potempa gerichtet und hat dies Schreiben in der nationalsozialistischen Presse veröffentlicht lassen. Das Schreiben nimmt offenkundig Partei für die Mörder von Potempa und gegen die Opfer der Mörder. Es ist so wie das bekannte Telegramm Hitlers eine Dokumentierung der Sympathie der nationalsozialistischen Führerschaft mit dem Mord. Es heisst in diesem Schreiben:

"So geht es hier doch um Dinge, die weit über die Politik hinaus nur die einfachsten Gesetze der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit betreffen".

Die einfachsten Gesetze der Menschlichkeit gebieten es, sich mit Schauern abzuwenden von so verruchter Tat, wie sie in Potempa geschehen ist. Dass einem Unglücklichen, der von einer Mörderbande im Schlaf überfallen wurde, nach schwersten Verwundungen zuletzt noch der Kehlkopf mit einem Stiefelabsatz zertreten wurde, dass dem ersten Mord nicht gleich ein zweiter Mord nur deshalb nicht folgte, weil einer der Mörder zurückschreckte vor dem Blute des

ersten Opfers, das seine Hände besudelte - das ist für jeden, der wahrhaft menschliches Gefühl besitzt, nur ein Anlass zum Abscheu und zur Empörung über solche Tat.

Dass eine Frau, die unmittelbar vor ihrer Niederkunft steht, die einem neuen Menschen das Leben schenken soll, sich nicht von solcher Tat abwendet, sondern öffentlich ihre Sympathie mit den Mördern bekundet, das ist eine Verirrung aller menschlichen und mütterlichen Gefühle. Das Schreiben dieser deutschen Frau ist Beweis dafür, wie tief die edelsten menschlichen Gefühle bei den Nationalsozialisten und ihren Frauen im Kurs gesunken sind!

Die Königsmörder.

Im Konkurrenzkampf zwischen Nationalsozialisten und Stahlhelm ist die nationalsozialistische Presse so weit vorwärts geprellt, dass wir als Gegner das reine Vergnügen an dieser Auseinandersetzung haben können. In einem Aufsatz des Berliner "Angriff" gegen den Stahlhelm heisst es:

"Von den Heeren der Emigranten, die im Jahre 1792 in Koblenz die feinen Leute waren, vor lauter gesellschaftlichen Etikettefragen nicht dazu kamen, ihren König zu retten, spricht heute niemand mehr. Der Ruhm der jungen Regimenter der grossen nationalen französischen Revolution dagegen, die barfuss und abgerissen, singend und jauchzend in den Tod gingen, wird Jahrtausende überdauern".

Welche Begeisterung für die "Ohnehosen", die "Königsmörder" in einer Partei, die eine grosse Schar von Emigranten der deutschen Revolution von 1918 in ihrem Schosse hat! Warum der Lärm über die Novemberverbrecher, die die deutschen Monarchen verjagt, aber nicht aufs Schaffot gebracht haben, wenn die Begeisterung für die französische Revolution so gross ist! Die Kompanie der Hohenzollernprinzen im nationalsozialistischen Lager spielt eine treffliche Rolle bei diesem Bekenntnis zu den Sansculotten und "Königsmördern". Dürfen wir die historische Parallele etwas weiterführen: Es wird ein Schauspiel von grossem Reiz werden, wenn erst Saint Just-Goebbels seinen Partei-freund Auwi auf die Guillotine schickt!

Betriebsunfall des Muckertums.

Die Reaktion, die sich gegen jede freimütige Aeusserung auf politischem, kulturellem und religiösem Gebiet wendet, hat in Bayern einen seltsamen Betriebsunfall erlitten. Die Anhänger Ludendorffs haben zu Propagandazwecken eine Karte mit Aussprüchen Friedrichs II. von Preussen über und gegen das Christentum verbreitet. Bei diesen Aussprüchen befand sich ein Satz aus einer Vorrede Friedrichs II. zu einem Auszug aus Fleury's Kirchengeschichte, der lautet:

"Das Christentum hat wie alle Mächte der Welt einen bescheidenen Anfang gehabt. Der Held dieser Sekte ist ein Jude aus der Hefe des Volkes von zweifelhafter Herkunft".

Dieser Satz hat zur Beschlagnahme der Karte und darüber hinaus zu einem Strafverfahren gegen den Inhaber der Ludendorff-Buchhandlung in München geführt. Nach der Ansicht der bayerischen Justizbehörden stellt dieser Satz ein Vorgehen gegen den § 166 des Reichsstrafgesetzbuches, also eine Gotteslästerung dar. Auf diese Weise wird demnächst Friedrich II., auf den die Reaktionsäre aller Schattierungen in Deutschland so stolz sind, unter dem neuen Muckerkurs vor dem Schwurgericht in München prozessiert werden! Das ist ein Betriebsunfall der Reaktion, der das ganze Wesen des gegenwärtigen Kurses hell beleuchtet!

Wirtschaft Technik Handel

Arbeit oder Subvention?

Die Papensche Spekulation auf Wirtschaftsbesserung.

SPD. Gegenüber dem äusserst üblen Eindruck, den die Notverordnung der Baronsregierung gemacht hat, versichert die Reichsregierung immer wieder, dass alles nur darauf abgestellt sei, die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Die privatwirtschaftliche Initiative soll wieder geweckt und die Wirtschaft so wieder in Gang gebracht werden.

Man hat in Deutschland diese Botschaft wohl gehört; aber es fehlt der Glaube. Auf die Frage, wie sich nun das Programm der Regierung von Papen auswirken könne und auswirken soll, erklärt die Reichsregierung, allerdings in mehr als vorsichtigen Wendungen, dass sie mit der Aufsaugung von etwa $1\frac{3}{4}$ Millionen Arbeitslosen rechne.

Das Problem der Arbeitslosigkeit ist so drückend und so ernst, dass es für uns selbstverständlich ist, das Trennende in den Ansichten der Auffassungen beiseite zu stellen, wenn es um die Möglichkeit geht, auch nur einen Teil unseres Arbeitslosenheeres abzubauen. Die Regierung von Papen ist eine reaktionäre Regierung, von den Nazis an die Macht gebracht, die Regierung der Grosslandwirtschaft und der Schwer- und Grossindustrie. Dass diese Regierung keine sozialdemokratische Arbeitsbeschaffungspolitik machen kann und machen will, versteht sich von selbst. Das darf uns aber nicht hindern und hindert uns auch nicht, das Papenprogramm vorurteilsfrei nach der Richtung hin zu untersuchen, inwieweit es für eine Entlastung unsres Arbeitsmarktes in Frage kommt. Wir sind die ersten, die bereit sind, jede Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung im Programm der Reichsregierung zu fördern.

Solche Möglichkeiten liegen vor. Sie knüpfen sich vor allem an das Vorhaben der Regierung, grössere Summen dafür bereit zu stellen. Diese Summen werden nicht rund 2,5 Milliarden Mark ausmachen, von denen die Reichsregierung in ihren Erklärungen so viel spricht. Aber es werden immerhin einige hundert Millionen Mark im Lauf der nächsten Monate in die Wirtschaft hineingepumpt werden. Damit kann man schon Arbeitsbeschaffung demonstrieren und Arbeitslose in Arbeit bringen. Wieviel es sein werden, lässt sich heute nicht sagen. Jedenfalls werden es keine vier Millionen sein, wie die Papenanhänger meinen, auch keine $1\frac{3}{4}$ Millionen.

Mit den Summen, die der Regierung von Papen zur Arbeitsbeschaffung zur Verfügung stehen, hätte man andere, besser durchdachte Arbeitsbeschaffungsprogramme, z.B. das sozialdemokratische Umbauprogramm, durchführen können. Der Effekt wäre grösser gewesen, der Erfolg für eine allgemeine Anregung der Wirtschaft sicherer. Hier muss die Kritik an dem Papenplan vor allem einsetzen. Die Geldmittel, die für diesen Plan aufgewandt werden sollen, laufen Gefahr, dass sie in unrechten Taschen landen, dass sie der blossen Bereicherung skrupelloser Unternehmer dienen und für die Entlastung des Arbeitsmarktes verloren gehen. Man gibt vor, die privatwirtschaftliche Initiative des Unternehmertums wecken zu wollen und ist darin so weit gegangen, dass aus dem angekündigten Arbeitsbeschaffungsprogramm ein Profit- und Subventionsprogramm für Unternehmer geworden ist. Wir befürchten, dass sich die privatwirtschaftliche Initiative darin erschöpfen wird, die ausgesetzten

Prämien der Regierung einzusacken. Dann ist Schluss mit der privatwirtschaftlichen Initiative. Nach einer Scheinbelebung der Wirtschaft muss der Abfall in neue Krisennot umso steiler sein, müssen die Arbeitslosenzahlen aufs neue steigen. Dazu kommt, dass die handelspolitischen Pläne der Regierung, die Exportdrosselung, die Kontingentierung usw., zu einer vermehrten Arbeitslosigkeit führen müssen, die vielleicht die Wirkungen der oben erwähnten Scheinkonjunktur weit überdeckt. Ausserdem arbeitet das Papenprogramm mit der alten abgetakelten Idee der Wirtschaftsbelebung durch Lohnabbau, Gerade als ob die Regierung Papen nicht wüsste, dass diese Idee in den letzten Jahren völlig Schiffbruch gelitten hat. Man kann ohne Konsumenten nicht wirtschaften. Aber die Regierung von Papen will das und baut Kaufkraft ab. Hier liegt die schlimmste Stille des Regierungsprogramms.

So weit hat aber die Regierung von Papen in ihrem Programm, dessen Charakter als Subventionsprogramm nach dem Gesagten deutlich hervortritt, gar nicht gedacht. Die Rechnung scheint in der Regierung so angestellt worden zu sein, dass man sich sagte, wie wollen zunächst einmal ein Feuerwerk auf den Arbeitsmärkten zeigen; alles andere überlassen wir der Zukunft und der Weltkonjunktur. Papen bzw. die Männer, die hinter ihm stehen und die das gar seltsame Arbeitsbeschaffungsprogramm zusammengeleimt haben, sind Wirtschaftsoptimisten. Müssen Wirtschaftsoptimisten sein. Nur Leute, die felsenfest an eine baldige Besserung in der Wirtschaft ganz allgemein glauben, können derartige Programme vorlegen und durchführen. Praktisch und auf baldige Erfüllung abgestellt sind in diesem Programm die Subventionen für die Unternehmer, der Lohnabbau, die soziale Niederknüttelung. Theoretisch und auf äusserst schwachen Hoffnungen aufgebaut ist allein die Arbeitsbeschaffung. Die Regierung von Papen gibt sich dem blinden Glauben hin, dass die Woge des allgemeinen Wirtschaftsaufschwungs dann einsetzen wird, wenn ihr Wirtschaftsprogramm zusammenkracht und ihr sicherer Bankrott offenbar wird. Dann muss die allgemeine Ankurbelung der Wirtschaft auch die Spuren des Papenschen Wirtschaftsdilettantismus verwischen. Also Hoffnung auf allgemeine Konjunkturbesserung. Sonst nichts!

Wenn man nun so felsenfest an die Wirtschaftsbesserung glaubt, weshalb dieses kostspielige Programm, das eine Wirtschaftsbesserung, wenn sie kommt, hemmen muss? Weshalb kein Programm, das geeignet ist, die natürliche Entwicklung in der Wirtschaft zum Besseren zu fördern, was das Papenprogramm nicht für sich in Anspruch nehmen kann? Weshalb kein umfassendes Ueberbrückungsprogramm mit einer Fülle von Arbeitsmöglichkeiten während eines letzten Krisenwinters? Warum kein Umbauprogramm im sozialistischen Sinne, darauf abgestellt, Wirtschaft und Arbeiterschaft in Zukunft vor Krisenkatastrophen zu schützen? Arbeitsbeschaffung während einer Krise ist ein löbliches Werk. Endziel muss jedoch sein, Krisen auszuschalten und den Wirtschaftsverlauf krisenfest zu machen. Was nur im Sinne sozialistischer Wirtschaft möglich ist.

Was aber, wenn die allgemeine Wirtschaftsbesserung, an die die Regierung Papen blind glaubt, nicht kommt? Wenn sich die Reichsregierung in dem Tempo, in dem sich die Wirtschaftsbesserung vollziehen wird, getäuscht hat? Wenn Papen und seine unverantwortlichen Ratgeber mit ihrem Latein zu Ende sind, ehe die Wirtschaftsbesserung einsetzt?

Das sind bange Fragen! Hat die Regierung in ihrer Hoffnung auf bessere Wirtschaftskonjunktur falsch spekuliert, dann werden wir, mitten in Handels- und politischen Krisen, mit einem gedrosselten Export, einer vernichteten Kaufkraft, mit leeren Lagern, Fabriken und Werkstätten und mit wachsenden Etatdefizits in eine Deflationskrise kommen, gegen die alles, was bisher gewesen ist, Kinderspiel bedeuten wird.

SPD. Ueber die Auswirkungen der Börsenhausse in der verfloßsenen Woche gibt das Statistische Reichsamt folgende Uebersicht:

Börsenindices	Wochendurchschnitt		Monatsdurchschnitt
	v. 29.8.	v. 22.8.	August
	b. 3.9.	bis 27.8.	
1. Aktienkurse			
Index 1924-1926 = 100			
Bergbau=u.Schwerindustrie	59,50	54,72	54,06
Verarbeitende Industrie	51,17	47,22	46,21
Handel und Verkehr	63,58	61,50	60,90
Gesamt	56,67	53,02	52,22
2. Kursniveau der 6%igen festverzinslichen Wertpapiere			
Pfandbriefe	67,96	67,74	68,31
Kommunalobligationen	56,10	55,65	55,73
Oeffentliche Anleihen	59,54	57,47	57,75
Industrieobligationen	59,77	57,97	57,09
Durchschnitt	63,62	62,84	63,17

Am Dienstag war die Berliner Effektenbörse weiter fest, wenn auch nicht mehr ganz einheitlich. Es ist mehr Ware an den Markt gekommen; zum Teil hat das Publikum verkauft. Auch die Banken sollen grössere Abgaben vorgenommen haben. Selbstverständlich nahm die Spekulation Gelegenheit, bei den gegenwärtig höheren Kursen zu verkaufen und so Gewinne zu realisieren. Das Kursniveau war zeitweise schwankend, immerhin aber widerstandsfähig. Uneinheitlichkeit zeigte sich besonders am Rentenmarkt. Stadt- und Provinzialanleihen waren gesucht, weniger gefragt waren Schuldbuchforderungen, Industrieobligationen usw. An Renten ist, verglichen mit den Vortagen, am Dienstag mehr Material an den Markt gekommen.

SPD. Die Kontingentierungsliste der Regierung von Papen soll noch Ende dieser Woche veröffentlicht werden; sie erstreckt sich auch auf Holz und Häute. Gerade gegen die Einbeziehung dieser beiden wichtigen Rohstoffe in die Kontingentierung hat die betroffene Industrie scharf protestiert. Leider konnte die Industrie mit ihren wirtschaftlich gerechtfertigten Vorstellungen nicht durchdringen. Sie ist auch hier gegenüber den agrarischen Interessen völlig unterlegen. So soll z.B. die Kontingentierung für die Einfuhr von Häuten rund 50 % betragen. Die Folgen für unsere verarbeitende Industrie werden verheerend sein, da sie auf die Verarbeitung von einwandfreien Qualitätshäuten angewiesen ist. Diese Häute, die verarbeitet über die Exportwege wieder nach dem Ausland gehen, können aber in Deutschland nicht in genügender Zahl hergestellt werden. Für die Belieferung ist die deutsche Industrie unbedingt auf das Ausland angewiesen.

SPD. Nach der Notverordnung der Papenregierung können sogenannte gefährdete Betriebe einen besonderen Lohnabbau durchsetzen. Zweifellos wird damit dem allgemeinen Lohnabbau und der Aushöhlung des Tarifrechts Tür und Tor geöffnet. Insbesondere scheint die Schwerindustrie bemüht zu sein, die Hand, die ihnen die Regierung von Papen bietet, voll und ganz zu ergreifen. So hört man, dass bereits Verhandlungen im Gange sind, um die Phönixhütte wieder in Gang zu setzen. Die Phönixhütte gehört zu den Betrieben im Ruhrtriest, die immer wieder von den Eisenbaronen benutzt worden sind, die Löhne

noch weiter zu drücken und untertarifliche Bezahlung zu erpressen. Die Belegschaft hat sich damals in wohlverstandener Interesse dagegen gewehrt. Was damals trotz der Not der Belegschaftsmitglieder nicht gelang, will man jetzt erreichen. Es ist zu befürchten, dass der Fall Phönix hätte nicht allein bleiben wird.

SPD. Die neue Notverordnung der Reichsregierung gibt den Unternehmern einen Freibrief für weitere masslose Lohnsenkungen. Mit der ganzen Entwicklung steht wohl die Tatsache in Zusammenhang, dass gerade in den letzten Monaten verschiedentlich Produktion und Beschäftigungsgrad ausserordentlich stark gesenkt worden sind. Einige Industrien, denen man besonders enge Beziehungen zur Regierung von Papen nachsagt, haben geradezu ein verdächtiges Abbau- und Stilllegungsfieber entwickelt.

Als Ausgangspunkt für ihre Aktien hat die Regierung den Durchschnitt der letzten drei Monate oder den 15. August festgelegt. Den Unternehmern ist es also freigestellt, sich den Termin auszusuchen, mit dem sie am besten wegkommen. Die Unternehmungen, die in den letzten Wochen rücksichtslos Arbeiter entlassen haben und nach einem noch nie dagewesenen Tiefstand der Produktion wieder eine gewisse Mehrbeschäftigung erreichen werden, können nur die Löhne kürzen und erhalten dazu noch eine sogenannte Mehrbeschäftigungsprämie. Alle Betriebe, die in den bösen Krisenjahren 1931/32 auf Kosten der öffentlichen Hand ihre Betriebe "gesäubert" haben, erhalten einen Sondervorteil gegenüber den Betrieben, die ihre Arbeiter durchhielten.

Auf diese Ungerechtigkeit wird selbst von bürgerlichen Blättern, die dem Papenprogramm gegenüber Sympathien aufbringen, hingewiesen. Sie verurteilen die sozialpolitischen Abbaumassnahmen der Reichsregierung aufs allerschärfste. Die Verordnung der Reichsregierung öffnet dem Missbrauch Tür und Tor. Nach dem Wortlaut der Verordnung soll es auch genügen, wenn in einzelnen Betriebsabteilungen Mehreinstellungen erfolgen, um Lohnabbau durchzuführen. In der Landwirtschaft wird der Vorjahrsmonat zur Grundlage genommen, ohne Rücksicht darauf, dass es Witterungsschwankungen gibt und dass Witterungsschwankungen naturgemäss die Beschäftigungslage beeinflussen müssen. Im übrigen ist nicht einmal Gewähr dafür gegeben, dass eine allgemeine Arbeitsstreckung vorgenommen wird; denn die Einstellungsprämien und das Recht zur Kürzung der Löhne von der 30. bis zur 40. Wochenarbeitsstunde erhalten alle Betriebe, auch die, die bei einer mehr als 40-stündigen Wochenarbeitszeit verbleiben.

Berliner Viehmarkt.

(6. Sept.)

SPD. Durchweg hätten die Märkte besser beschickt sein können; so war z.B. auf dem Schweinemarkt, wo rund 11 500 Tiere aufgetrieben waren, das Angebot nicht ganz ausreichend. Am Kälbermarkt gab es grössere Preissteigerungen. An den andern Märkten, mit Ausnahme des Rindermarktes, konnten zum mindesten die alten Preise gehalten werden.

Notierungen: Schweine: a) über 300 Pfund 45-46 (-) b) 240-300 Pfd. 44-46 (44-45), c) 200-240 Pfd. 43-45 (43-44), d) 160-200 Pfd. 40-43 (40-42), e) 120 bis 160 Pfd. 37-39 (37-39), Sauen 40-42 (40-41), Schafe: a) 33-34 (31-32), b) 34-36 (33-35), c) 30-33 (30-32) d) 17-30 (18-28). Kälber: b) 48-55 (45-53) c) 40-50 (37-48), d) 24-35 (22-33) Kühe: a) 24-25 (25-27), b) 20-23 (20-24) c) 17-19 (18-20), d) 11-16 (11-17).

noch weiter zu drücken und untertarifliche Bezahlung zu erpressen. Die Belegschaft hat sich damals in wohlverstandenen Interesse dagegen gewehrt. Was damals trotz der Not der Belegschaftsmitglieder nicht gelang, will man jetzt erreichen. Es ist zu befürchten, dass der Fall Phönixhütte nicht allein bleiben wird.

SPD. Die neue Notverordnung der Reichsregierung gibt den Unternehmern einen Freibrief für weitere masslose Lohnsenkungen. Mit der ganzen Entwicklung steht wohl die Tatsache in Zusammenhang, dass gerade in den letzten Monaten verschiedentlich Produktion und Beschäftigungsgrad ausserordentlich stark gesenkt worden sind. Einige Industrien, denen man besonders enge Beziehungen zur Regierung von Papen nachsagt, haben geradezu ein verdächtiges Abbau- und Stilllegungsfieber entwickelt.

Als Ausgangspunkt für ihre Aktien hat die Regierung den Durchschnitt der letzten drei Monate oder den 15. August festgelegt. Den Unternehmern ist es also freigestellt, sich den Termin auszusuchen, mit dem sie am besten wegkommen. Die Unternehmungen, die in den letzten Wochen rücksichtslos Arbeiter entlassen haben und nach einem noch nie dagewesenen Tiefstand der Produktion wieder eine gewisse Mehrbeschäftigung erreichen werden, können nur die Löhne kürzen und erhalten dazu noch eine sogenannte Mehrbeschäftigungsprämie. Alle Betriebe, die in den bösen Krisen Jahren 1931/32 auf Kosten der öffentlichen Hand ihre Betriebe "gesäubert" haben, erhalten einen Sondervorteil gegenüber den Betrieben, die ihre Arbeiter durchhielten.

Auf diese Ungerechtigkeit wird selbst von bürgerlichen Blättern, die dem Papenprogramm gegenüber Sympathien aufbringen, hingewiesen. Sie verurteilen die sozialpolitischen Abbaumassnahmen der Reichsregierung aufs allerschärfste. Die Verordnung der Reichsregierung öffnet dem Missbrauch Tür und Tor. Nach dem Wortlaut der Verordnung soll es auch genügen, wenn in einzelnen Betriebsabteilungen Mehreinstellungen erfolgen, um Lohnabbau durchzuführen. In der Landwirtschaft wird der Vorjahrsmonat zur Grundlage genommen, ohne Rücksicht darauf, dass es Witterungsschwankungen gibt und dass Witterungsschwankungen naturgemäss die Beschäftigungslage beeinflussen müssen. Im übrigen ist nicht einmal Gewähr dafür gegeben, dass eine allgemeine Arbeitsstreckung vorgenommen wird; denn die Einstellungsprämien und das Recht zur Kürzung der Löhne von der 30. bis zur 40. Wochenarbeitsstunde erhalten alle Betriebe, auch die, die bei einer mehr als 40-stündigen Wochenarbeitszeit verbleiben.

Berliner Viehmarkt.

(6. Sept.)

SPD. Durchweg hätten die Märkte besser beschickt sein können; so war z. B. auf dem Schweinemarkt, wo rund 11 500 Tiere aufgetrieben waren, das Angebot nicht ganz ausreichend. Am Kälbermarkt gab es grössere Preissteigerungen. An den andern Märkten, mit Ausnahme des Rindermarktes, konnten zum mindesten die alten Preise gehalten werden.

Notierungen: Schweine: a) über 300 Pfund 45-46 (-) b) 240-300 Pfd. 44-46 (44-45), c) 200-240 Pfd. 43-45 (43-44), d) 160-200 Pfd. 40-43 (40-42), e) 120 bis 160 Pfd. 37-39 (37-39), Sauen 40-42 (40-41), Schafe: a) 33-34 (31-32), b) 34-36 (33-35), c) 30-33 (30-32) d) 17-30 (18-28). Kälber: b) 48-55 (45-53) c) 40-50 (37-48), d) 24-35 (22-33) Kühe: a) 24-25 (25-27), b) 20-23 (20-24) c) 17-19 (18-20), d) 11-16 (11-17).

Kleines Geschäft.

(Berliner Getreidebörse vom 6. September.)

SPD. Da ein Teil der Börsenbesucher am Dienstag auf dem Getreidehandelsplatz in Magdeburg weilte, war der Besuch der Berliner Produktenbörse an dieser Tage wenig lebhaft. Infolgedessen hielt sich auch das Geschäft in engen Grenzen. Die Marktlage war nur schwer zu übersehen, umso mehr, als das Material, das sonst dem Berliner Markt zur Verfügung gestanden hätte, vielfach nach Magdeburg gelegt wurde. Nach der Abschwächung des Vortages zeigte sich wieder eine Erholung, insbesondere für die Märzweizen, die bis zu 3 Mark höher eröffneten. Septemberweizen und Roggen waren am Markte der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte etwas vernachlässigt, da anscheinend weitere Andienungen erwartet werden. Das Geschäft am Promptmarkt bewegte sich auf der Basis der Vortagspreise. Anregungen vom Mehlmarkt und vom Export fehlten. In Weizenmehl wurden nur laufende Bedarfsabschlüsse getätigt, auch Roggenmehl wurde lediglich vorsichtig umgesetzt. Das Geschäft in Hafer war ebenfalls gering, Gerste stetig.

	5.9.	6.9.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	210 - 212	211 - 213
Roggen	162 - 164	162 - 164
Braugerste	175 - 186	176 - 187
Futter- und Industrierogerste	165 - 172	167 - 175
Hafer	139 - 144	139 - 144
Weizenmehl	25,00 - 30,40	25,00 - 30,40
Roggenmehl	22,00 - 24,25	22,00 - 24,25
Weizenkleie	9,70 - 10,20	9,70 - 10,20
Roggenkleie	8,25 - 8,75	8,25 - 8,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 224 - 224½ Geld (224½), Okt. 225½ + Geld (225), Dez. 226-226½ (225), März 233-232½ Brief (230). Roggen Sept. 174½-174 (175), Okt. 175 (173½), Dez. 176½-177½ (175½) März 181½-181 + Geld (179½), Hafer Sept. 147½ (146½), Okt. -(-), Dez. 147½ (147½), März = (-),

Raufutternotierungen.

(6. Sept.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RA	0,65 - 0,80
" " Weizenstroh	RA	0,50 - 0,60
" " Haferstroh	RA	0,50 - 0,60
" " Gerstenstroh	RA	0,50 - 0,60
Roggen=Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	RA	0,65 - 0,80
Bindfädengepresstes Roggenstroh	RA	0,50 - 0,60
" " Weizenstroh	RA	0,40 - 0,50
Häcksel Tendenz behauptet	RA	1,25 - 1,45
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	RA	1,30 - 1,50
Gutes Heu, gesund und trocken	1. Schnitt	RA 1,85 - 2,15
	2. Schnitt	RA 1,35 - 1,60
Luzerne, lose	RA	2,00 - 2,30
Thymothee, lose	RA	2,10 - 2,40
Kleeheu, lose	RA	1,90 - 2,20
Drahtgepresstes Heu Tendenz ruhig.	RA	0,40 über Notiz